

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

55. Sitzung
8. September 2025

Beginn: 14.04 Uhr
Schluss: 17.29 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2627

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2026 und 2027
(Haushaltsgesetz 2026/2027 – HG 26/27)**

Hier: Einzelplan 13 sowie Einzelplan 27 Kapitel 2713
Aufwendungen der Bezirke – Wirtschaft, Energie und
Betriebe –

[0260](#)
WiEnBe
Haupt(f)

– Vorabüberweisung –

– 1. Lesung –

Vorsitzender Jörg Stroedter weist darauf hin, dass die vorab eingereichten Fragen und Berichtsanträge der Fraktionen in einer Synopse zusammengefasst worden seien, an der sich die Beratung orientieren werde. Die Synopse stehe der Öffentlichkeit auf der Webseite des Ausschusses unter der Vorgangsnummer 0260 zur Verfügung. Zusätzliche Fragen und Berichtsanträge seien an der entsprechenden Stelle einzubringen und im Laufe der Sitzung schriftlich nachzureichen. Das Nachliefern der genauen Formulierungen von in der Sitzung entstandenen

Fragestellungen sei bis morgen 12 Uhr möglich, das Nachliefern neuer Fragen ausgeschlossen. Er bitte die Fragesteller zu signalisieren, ob Fragen hinreichend beantwortet seien; diese seien dann erledigt und würden in der zweiten Lesung nicht mehr aufgerufen. Berichtsaufträge gölten als beschlossen, wenn niemand widerspreche. In der zweiten Lesung würden nur die Titel aufgerufen, die zurückgestellt worden seien, zu denen ein Berichtsauftrag beschlossen worden sei oder zu denen Fraktionen Änderungsanträge schriftlich eingereicht hätten. Er verweise auf die beschlossenen Verfahrensregeln für die Haushaltsberatungen. Die Generalausprache der Sprecher/-innen der Fraktionen erfolge zu Beginn der zweiten Lesung, Frau Senatorin Giffey habe aber einleitend Gelegenheit für eine Vorstellung des Haushaltsentwurfs.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) trägt vor, der erfolgreiche Weg, der sich an vier wirtschaftlichen Leitsätzen – arbeiten für ein starkes Wirtschaftswachstum und klimaneutrales Berlin, die besten Köpfe und Hände für Berlin sichern, Berlin zum Innovationsstandort Nummer eins in Europa machen – orientiere, werde mit dem vorliegenden Etat fortgesetzt. Trotz aller Krisensituationen sei das Wirtschaftswachstum Berlins 2024 das zwölfte Jahr in Folge überdurchschnittlich gewesen. Der EPI 13 habe Ausgabenvolumina von 804 Mio. Euro 2026 und 811 Mio. 2027. Es gebe weiterhin große Herausforderungen, z. B. geopolitische Herausforderungen, Zollpolitik der USA, geoökonomische Lage, gesamtdeutsche Wirtschaftslage, China als starker Wettbewerber, die anhaltenden Folgen des Ukrainekrieges. Erforderlich sei eine verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik. SenWiEnBe habe ein Internationalisierungskonzept vorgelegt. Größter Exportpartner seien die USA. Man wolle die Märkte diversifizieren und die internationalen Handelsbeziehungen breiter aufstellen, um krisenfester und wirtschaftlich stärker zu werden. Der Blick gehe nach Asien, Indien, Indonesien und Japan. In Bengaluru werde ein Auslandsbüro eröffnet. Die Auslandsbüros in Peking und New York würden aufrechterhalten. Dafür seien 1,13 Mio. Euro 2026/27 vorgesehen. Im Programm für Internationalisierung werde mit jeweils 5,435 Mio. Euro geplant.

Die GRW werde weiterhin das größte Wirtschaftsförderprogramm sein. Themen der Transformation, Dekarbonisierung und Digitalisierung spielten eine wesentliche Rolle. In den letzten Jahren hätten immer überdurchschnittlich viele Mittel umgesetzt werden können. 1 100 neue Arbeitsplätze seien geschaffen, über 4 000 weitere gesichert worden. Verschiedene Maßnahmen beträfen die Gründungsförderung, Infrastruktur, gewerbliche Förderung und wirtschaftliche Leistung der Stadt. 170,9 Mio. Euro stünden 2026, 177,6 Mio. 2027 zur Verfügung. Dass dies etwas weniger als im letzten Jahr sei, liege daran, dass man sich an der Bundesförderung orientiere, die geringer ausfalle und auch andere Förderschwerpunkte habe.

Die Wirtschaft wünsche sich Entbürokratisierung und digitale Leistungen. Mit dem Aktionskonzept zur Digitalisierung der Verwaltung für die Wirtschaft und dem Digitalen Wirtschaftsservice – DIWI – wolle SenWiEnBe eine deutliche Verbesserung erreichen und mehr Verfahren digital anbieten. Man unterstütze Gründungen, mache Förderabwicklungen digital und sei bei digitalen Gewerbeanmeldungen weit vorn. Im ersten Halbjahr 2025 habe man 48 000 digitale Gewerbean- und -ummeldungen verzeichnet, im letzten Jahr rund 80 000. Viele Anerkennungen von Berufsabschlüssen liefen digital. Es gebe Onlineanträge für Handwerk, Gastronomie und Fintech. Man müsse der Wirtschaft ersparen, zum Amt zu kommen. Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT würden 2026 mit 2,4 Mio. Euro und 2027 mit über 2,6 Mio. gefördert.

Um Ansiedlungsmanagement, Bestandsentwicklung, Standortmarketing und Berlin als Innovationsstandort Nummer eins voranzubringen, arbeite SenWiEnBe sehr eng mit Berlin Partner und IBB zusammen. Berlin Partner habe die aktuelle Halbjahresbilanz vorgelegt; die Zahlen seien sehr positiv. Es gebe ein Rekordinvestitionsakquisitionsvolumen von 668 Mio. Euro. 2026/27 solle mit 15 Mio. Euro ein Schwerpunkt bei Berlin Partner gesetzt werden.

Zum Service für Unternehmen gehöre die Gigabitstrategie. Man müsse die Voraussetzungen für schnelles Internet und KI schaffen. Mit dem Glasfaserausbau sei man mit fast 50 Prozent einen deutlichen Schritt vorangekommen; bei 5G und Breitband sei die Abdeckung bei nahezu 100 Prozent. Für die Kofinanzierung der Bundesbreitbandförderung würden 4 Mio. Euro für 2026 und 7 Mio. für 2027 angesetzt.

Es gebe eine Reihe von Innovationsförderprogrammen, Schwerpunkt ProFIT. Geplant sei ein Mitteleinsatz von je 22 Mio. Euro 2026/27, ergänzt durch EFRE-Mittel. Bei ProValid würden die Bemühungen mit je 3 Mio. Euro 2026/27 fortgesetzt. Die Bewerbung Berlins als Start-up-Factory sei erfolgreich gewesen. Damit sei eine Bundesförderung von 10 Mio. Euro verbunden. Der Pre-Seed-Fonds werde mit 10 Mio. Euro aus EU-Mitteln ergänzt. Zudem könnten 10 Mio. Euro der privaten Wirtschaft eingebracht werden, um die Start-up-Metropole Berlin mit einer Gesamtsumme von 30 Mio. Euro im Rahmen des UNITE-Projekts und der Start-up-Factory voranzubringen. Die Entscheidung für drei Reallabore als Pilotvorhaben sei gefallen: nachhaltiges Bauen, Grundwasseraufbereitung und Logistiklösungen mit Drohnen. Die Förderung betrage 3 Mio. Euro 2026 und 4 Mio. 2027.

Start-up- und Gründungsförderung sei weiter ein wesentlicher Punkt. Man setze auf die Gründungsförderung für Frauen mit dem Gründerinnenstipendium, dem Berliner Start-up-Stipendium Women und der Gründerinnenzentrale. Der Round Table für Gründerinnen und Unternehmerinnen sowie der GründerinnenBONUS würden fortgesetzt. Bei der Förderung der Investmentreadiness und der Vernetzung von Frauen in der Wirtschaft werde man einen zusätzlichen Schwerpunkt setzen.

SenWiEnBe setze mit 17,8 Mio. Euro 2026 und 16,8 Mio. 2027 einen wesentlichen Schwerpunkt bei der Kreativ- und Medienwirtschaft. Dazu gehörten VFX-Förderung, Schallschutz bei Berliner Clubs und die Berlin Fashion Week mit 3,52 Mio. Euro 2026 und 3,49 Mio. 2027. Beim Thema Mode sei Berlin auf der internationalen Bühne zurück. Die Koreaner seien sehr interessiert an dem, was hier passiere, wollten investieren und sich vernetzen. Das ICC-Konzeptverfahren gehe in die nächste Phase der Umsetzung 2026/27, wofür Geld eingeplant sei. Die Jury werde zeitnah tagen.

Der Masterplan Solarcity für 2025-2030 sei weiter handlungsleitend. Berlin solle spätestens bis 2045 klimaneutral werden. Das Förderprogramm SolarPLUS werde neu aufgestellt. Man sei von rund 10 000 auf über 40 000 Solaranlagen auf Berlins Dächern gekommen, was ohne diesen finanziellen Anreiz nicht funktioniert hätte. Für 2026/27 seien jeweils 10 Mio. Euro vorgesehen. Das Programm SolarReadiness werde mit jeweils 3 Mio. Euro fortgeführt, ebenso das SolarZentrum als wichtige Beratungsstelle und die Koordinierungsstelle für Kreislaufwirtschaft, Energieeffizienz und Klimaschutz im Betrieb. Die Ladeinfrastruktur sei ein wichtiges Thema, auch in Zusammenarbeit mit den Taxifahrern und vielen Unternehmerinnen/Unternehmern. Zusätzlich werde das Modul Urbane Stadtquartiere für Gebiete mit vielen Mehrfamilienhäusern umgesetzt. SenWiEnBe werde dies mit je 5 Mio. Euro unterstützen.

Der Einzelhandel werde mit dem Zentrengipfel weiter unterstützt. Die Bezirke würden bei der bezirklichen Wirtschaftsförderung gestärkt, BIDs und wirtschaftsdienliche Maßnahmen in den Bezirken weiter gefördert. Die Tourismusförderung sei ein wesentlicher Schwerpunkt. Berlin habe 2024 über 30 Mio. Übernachtungen gehabt. Dies wolle man auch ohne EM halten. Wichtig seien Wassertourismus, Destinationsmanagement, Konnektivität am BER und Kongresse. Es werde weiter den Kongressfonds für nachhaltiges Tagen geben. Im Oktober werde der ESMO mit 35 000 Teilnehmern in Berlin sein. Dies sei ein Erfolg der Messe Berlin, die mit dem Masterplan Messe weiter unterstützt werde, damit der Messe- und Kongressstandort weiterhin massiv zum Wirtschaftswachstum beitragen könne.

Wirtschaftspolitischer Ansatz sei eine Willkommenskultur für Unternehmen, die sich ansiedeln, erweitern oder neue Arbeit schaffen wollten. SenWiEnBe wolle das Beste für den Wirtschaftsstandort Berlin erreichen. Sie danke ihren Mitarbeitenden für ihr Engagement.

Aus der Synopse werden beraten:

Einzelplan 13 – Wirtschaft, Energie und Betriebe – Übergreifend

Solarförderung

Frage Nr. 2, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Welche Förderungsprogramme gab es in 2024 und 2025 für den Solardachausbau (private und öffentliche Dächer einzeln darstellen)? Welche weiteren Förderprogramme sind für 2026 und in 2027 geplant? Wie ist der aktuelle Stand des Ausbaus von Solaranlagen auf öffentlichen Dachflächen?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) führt aus, Solarcity Berlin sei ein wichtiger Beitrag für die Klimaneutralität der Stadt. SolarPLUS sei bisher so ausgerichtet gewesen, dass Gutachten, Hauselektronik, Stromspeicher, Sonderanlage und Steckersolargeräte hätten gefördert werden können. Es gehe mit 10 Mio. Euro weiter. Nach der Evaluierung der bisherigen Umsetzung werde man einige Dinge verändern, v. a. Entbürokratisierung und Erleichterung der Umsetzung. Bei den Balkonkraftwerken habe man viel erreicht, mittlerweile seien diese Geräte aber so günstig, dass die Fördersätze zu hoch seien. Auch müsse man sich fragen, ob der Aufwand der Abwicklung noch verhältnismäßig sei. Man werde zu einem Ende der Förderung von Balkonkraftwerken in dieser Form kommen. SolarPLUS solle ab 2026 in zwei Teile geteilt werden: SolarPLUS S für Projekte in Eigenheimen und kleineren Häusern, Zählerschränke, Stromspeicher, denkmalgeschützte Objekte und SolarPLUS L für große PV-Projekte auf großen Dächern, wo man mehr mit Pauschalen arbeiten werde, auch mit Beratung durch das SolarZentrum. Die Programmabwicklung solle einfacher gestaltet werden.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Frauen

Frage Nr. 13, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Maßnahmen unternimmt die Senatsverwaltung zur Förderung der Gleichstellung von Frauen? Bitte die entsprechenden Titel mit den vorgesehenen Maßnahmen auflisten.

in Verbindung mit

Gründer/-innen und Gender/Diversity

Frage Nr. 14, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Maßnahmen plant der Senat, um (werdende) Mütter und Care-Arbeits-Leistende zu stärken, die ein Unternehmen gründen wollen? Bitte die Berücksichtigung in den jeweiligen Haushaltstiteln für 2026 und 2027 darstellen.

Welche Diversitäts- und Genderindikatoren werden derzeit in den technologie- und innovationsbezogenen Programmen erhoben?

In welchen Programmen werden keine entsprechenden Daten erfasst, und aus welchen Gründen?

Welche Schritte unternimmt der Senat, um ab 2026 standardisierte Indikatoren (z. B. Female Founders, diversgeschlechtliche Leitungspersonen, Beschäftigtenstruktur) verpflichtend zu erheben?

Wie werden die erhobenen Daten veröffentlicht (Open Data, Bericht an das Abgeordnetenhaus)?

Tuba Bozkurt (GRÜNE) bittet darum, die Fragen Nrn. 13 und 14 in einem gemeinsamen Bericht schriftlich zu beantworten.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Infrastruktursondervermögen

Frage Nr. 28, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

In welchem Umfang plant der Senat Infrastrukturprojekte in den Bereichen Wirtschaft und Energie aus dem Infrastruktursondervermögen des Bundes zu finanzieren? Welche Bedarfe hat die Senatswirtschaftsverwaltung diesbezüglich angemeldet?

Christoph Wapler (GRÜNE) bittet um eine mündliche Stellungnahme der Senatorin, welche Bedarfe sie angemeldet habe bzw. wenn nein, warum nicht.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) berichtet, das Thema Zusätzlichkeit sei geklärt worden; Infrastrukturvorhaben, die in der I-Planung enthalten, aber nicht finanziell

unterlegt seien, gölten als förderfähig. Projekte, die bereits eine andere Bundes- oder sonstige Förderung als Teilfinanzierung hätten, unterlägen keinem Kofinanzierungsverbot im Hinblick auf das Sondervermögen. Themen wie Wohnungsbau, Wasser-/Abwassermanagement, Verlängerung von Schienenverbindungen sollten abgedeckt sein, was für Berlin sehr wichtig wäre. In erster Linie werde das in der Investitionsplanung als notwendig Verständigte adressiert. Es gebe dort Investitionsvorhaben, die prioritär, aber nur mit einem Merkansatz versehen seien. Diese seien nun die ersten Kandidaten. SenWiEnBe befürworte Projekte des Brücken- und Straßenbaus, der Messe Berlin, des ÖPNV und der BER-Anbindung an das U-Bahn-Netz und habe den Wunsch, mehr bei den kommunalen Gewerbehöfen zu machen. Man werde sich an der I-Planung orientieren und ggf. darüber hinausgehende Projekte diskutieren. Die Senatsressorts würden den September dafür nutzen, die I-Planung und die Einzelmaßnahmen zu priorisieren und diese ggf. für das Sondervermögen anzumelden. In den kommenden Wochen werde man konkreter darüber sprechen können. 62 Maßnahmen der I-Planung seien derzeit nicht ausfinanziert. Würde man diese umsetzen, wäre das Geld aus dem Sondervermögen komplett verbraucht. Insofern müsse man nicht ganz viele neue Ideen entwickeln. Auch im Klimapakt mit den Landesunternehmen gehe es um die Ermöglichung von Infrastrukturinvestitionen.

Christoph Wapler (GRÜNE) erklärt, dass im Hinblick auf die weiteren Diskussionen im Senat ein schriftlicher Bericht erforderlich sei. Andere Senatsverwaltungen hätten offenbar ein entspannteres Verhältnis zu den Kriterien des Sondervermögens. Die Koalition sei bei dem ursprünglich angedachten eigenen Sondervermögen auch weniger streng gewesen. Treffe zu, dass SenWiEnBe bis jetzt keine Bedarfe angemeldet habe?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) macht geltend, dass alle Häuser derzeit eine Priorisierung vornähmen, die dann im Senat und in der Koalitionsspitzenrunde diskutiert werde. SenWiEnBe kenne die Bedarfe, halte sich aber an das von SenFin vorgegebene Verfahren für die Meldung der Vorhaben und werde auch Infrastrukturprojekte in anderen Ressorts, die für die Wirtschaft wichtig seien, unterstützen. SenWiEnBe sei hier genau im Plan.

Jörg Stroedter (SPD) merkt an, die Kriterien des Sondervermögens für bestehende Projekte seien relativ weit aufgeweicht worden. Das Risiko dabei sei, dass nur noch die eigene Agenda abgearbeitet werde und neue, zusätzliche Maßnahmen nicht zum Zuge kämen. Darüber müsse im Senat insgesamt diskutiert werden. Da man erst am Ende beurteilen könne, welche Projekte im Sondervermögen berücksichtigt würden, sei ein schriftlicher Bericht sinnvoll.

Tuba Bozkurt (GRÜNE) äußert, dass die Mittel der gewerblichen GRW nicht in dem Maße abgerufen würden. Es wäre eine Gelegenheit, das Sondervermögen für diese Infrastrukturprojekte zu nutzen. Zum Kapitel 1320 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung – habe ihre Fraktion titelscharf Fragen gestellt, welche Infrastrukturprojekte 2024/25 aus GRW-Mitteln finanziert worden seien und wie hoch der Mittelabfluss insgesamt sowie bei gewerblicher Förderung und Infrastrukturförderung gewesen sei. Es wäre gut, das Sondervermögen für Infrastrukturmaßnahmen zu nutzen und das Gewerbe mit den gewerblichen Mitteln zu unterstützen.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) hält entgegen, dass im letzten Jahr deutlich mehr GRW-Mittel verausgabt worden seien als erwartet. Berlin habe auch noch Mittel eingesetzt, die in anderen Bundesländern nicht verausgabt worden seien. Dass Ansätze 10 Prozent geringer ausfielen, liege an der Neuaufteilung der Fördergebietskarte 2022, nach

der Berlin erst mal ein geringeres Mittelvolumen zur Verfügung stehe. Künftig werde man wahrscheinlich nicht mehr so viele nicht verbrauchte Bundesmittel anderer Länder akquirieren können, wenn diese aufgrund angekündigter großer Projekte weniger Mittel zurückgäben. Mittel könnten nicht so einfach von der Infrastruktur-GRW in die gewerbliche umgeleitet werden, weil es bei der GRW immer um mehrjährige Projekte gehe. Ein Beispiel sei der Marzahner Knoten. Es gebe dazu Förderbescheide und rechtliche Verpflichtungen. Ein Großteil der Mittel 2026/27 sei durch Förderbescheide über mehrere Jahre gebunden. Es sei förderrechtlich nicht möglich, die Fördermittel in einen anderen Topf zu geben. Außerdem riskierte man, dass große Baumaßnahmen ins Stocken gerieten oder nicht mehr finanzierbar wären. Der Umfang frei verfügbarer Mittel sei sehr gering. Freie Mittel werde SenWiEnBe selbstverständlich an hochinnovative Projekte geben, z. B. an das Zentrum für Gen- und Zelltherapie.

Tuba Bozkurt (GRÜNE) erwartet, dass die GRW-Mittel künftig vollständig ausgeschöpft würden. Sie verweise auf den Bericht rote Nr. 0196 C der SenWiEnBe vom 18. März 2025:

„Die gewerbliche GRW blieb mit einem Bewilligungsvolumen von rund 55 Mio. € aber deutlich unter dem Ziel von 100 Mio. €. Ursache ist neben der geringeren Nachfrage bzw. geringeren geplanten Investitionstätigkeit der Unternehmen insbesondere auch die haushaltsbedingte Mittelbereitstellung.“

Wie könne man sicherstellen, dass die Mittel vollumfänglich abgerufen würden? Die Frage sei gewesen, ob es hilfreich sein könne, die Infrastrukturprojekte im Rahmen des Sondervermögens zu realisieren und die GRW-Mittel für die gewerbliche GRW zu nutzen.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) betont, dass die haushaltsbedingte Mittelbereitstellung durch den Bund gemeint sei. Es habe einen Regierungswechsel auf Bundesebene und Unklarheiten über die Bundeszuteilung der Mittel und die künftige Schwerpunktsetzung bei der GRW gegeben. Berlin sei davon abhängig, wie hoch das Gesamtvolumen sei und wie viel kofinanziert werden könne. Dies sei an eine verlässliche Mittelbereitstellung auf Bundesebene geknüpft. SenWiEnBe gehe davon aus, dass das, was Berlin zugeteilt bekomme, gut und über das Maß umgesetzt werden könne und man in der Lage sei, schnell zu reagieren und Projekte in der Pipeline aufzugreifen, wenn Berlin mehr zugeteilt werden könne. Dies habe im letzten Jahr funktioniert. Der zitierte Bericht beziehe sich auf einen Zwischenstand in einem laufenden Umsetzungsjahr. 2024 sei es gelungen, alle Berliner Mittel sowie weitere darüber hinaus mit einem Gesamtbudget von über 200 Mio. Euro auszugeben. Anspruch für 2025 sei, wieder eine gute Umsetzung zu erreichen und möglichst viel zu machen.

Sebastian Scheel (LINKE) sagt, die Formulierung im Bericht mache den Eindruck, als hätte man sich 100 Mio. Euro vorgenommen, aber nicht genug Projekte gehabt. Habe die Senatorin Kenntnis über die Förderantragspipeline im GRW-Bereich? Er frage nach einer entsprechenden Auflistung, damit man Sicherheit über die Unterlegung der Mittel mit Projekten habe.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) sichert zu, dass SenWiEnBe einen sehr genauen Überblick habe und dazu gerne schriftlich berichten werde, soweit man Aussagen dazu treffen könne. Einige Antragsteller, denen noch keine Förderung gewährt worden sei, könne man aber nicht öffentlich nennen.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

Gesamtausgaben

Frage Nr. 29, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie lässt sich der deutliche Rückgang der Gesamtausgaben für 2026 im Einzelplan 13 um fast 9 % gegenüber 2025 begründen?

Christoph Wapler (GRÜNE) vertritt die Ansicht, dass das Gesamtvolumen des Einzelplans 13 nicht ambitioniert sei. Die Senatorin habe vorhin die wirtschaftlichen Herausforderungen beschrieben, vor denen Berlin stehe. Er verweise auf eine steigende Zahl von Insolvenzen, Personalabbau, Inflation und Energiepreise. Bei sich verdüsternder wirtschaftlicher Lage lasse eine Schrumpfung des Einzelplans um 9 Prozent gegenüber 2025 wenig Ambitionen für eine aktive Wirtschaftspolitik erkennen. Dies sei erklärungsbedürftig. Bei vielen Titeln stehe, dass wegen anderer Prioritätensetzung weniger Mittel zur Verfügung stünden oder Mittel entfielen. Wo die Priorität jetzt sei, gehe aus dem Haushaltsentwurf nicht hervor.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) hält entgegen, dass sich das verfügbare Volumen bereits 2025 durch die qualifizierte Sperre des Abgeordnetenhauses von rund 903 auf 808 Mio. Euro verringert habe. Insofern handele es sich um eine Senkung um nur 0,5 Prozent von 2025 auf 2026. In der Coronazeit und während der Energiekrisenbewältigung sei der Etat massiv angestiegen, sodass man nun wieder auf ein normaleres Niveau komme. In der Amtszeit des ehemaligen Finanzsenators Wesener sei noch über eine 50-prozentige Kürzung dieses Einzelplans gesprochen worden. Der Etat der SenWiEnBe werde an vielen Stellen durch Bundes- und EU-Mittel ergänzt. Sie verweise bspw. auf UNITE, Reallabore, GRW. SenWiEnBe arbeite für ein starkes, überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum und habe dies zwölfmal hintereinander erreicht. Sie erwarte dies für dieses und das nächste Jahr wiederum, weil man konkrete Anreize für Ansiedlungen, Gründungen und Erweiterungen von Unternehmen sowie die Akquisition von VC und private Investitionen setze. Das private Investitionsvolumen im ersten Halbjahr 2025 entspreche fast dem gesamten Wirtschaftsetat. Mit 15 Mio. Euro für Berlin Partner habe man Ansiedlungserfolge mit über 668 Mio. Euro erreicht, sodass dieses Geld gut angelegt gewesen sei.

Job der SenWiEnBe sei, gute Rahmenbedingungen für eine starke Wirtschaft zu schaffen, aber nicht, alles komplett aus dem Landeshaushalt zu finanzieren. Die Krisenhilfen seien in einer schweren Zeit erfolgt; nun befinde man sich auf einem normaleren Niveau, wo die Wirtschaft befähigt werden müsse, aus eigener Kraft und mit weniger öffentlicher Förderung zu wachsen und zu investieren, was gerade passiere. Die wirtschaftspolitischen Leitsätze habe sie bereits genannt. Alle Maßnahmen im Haushalt entsprächen einem dieser Leitsätze.

Christoph Wapler (GRÜNE) erwidert, was die Grünen vor Jahren gemacht hätten, sei jetzt nicht das Thema. Es gehe um den vorliegenden Haushalt, bei dem seine Fraktion mehr Durchsetzungskraft der SenWiEnBe gegenüber dem Finanzsenator erwartet hätte. Die Frage sei, ob die Senatorin einen gekürzten Einzelplan 13 – jede Menge Förderprogramme entfallen – angesichts der gesamtwirtschaftlichen Lage Berlins, das sich auf Dauer nicht vom Bundestrend abkoppeln könne, für angemessen halte.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) wendet sich dagegen, die Katastrophe herbeizureden. Berlin wachse über dem Bundesdurchschnitt und gehöre zu den am stärksten wachsenden Regionen. SenWiEnBe gehe davon aus, dass das Wachstum im nächsten Jahr höher als in diesem Jahr sein werde. Man müsse alles dafür tun, damit diese Prognose eintrete. Die Programme im Haushalt seien mit den Partnern abgestimmt; SenWiEnBe verzeichne keine öffentlichen Brandbriefe und Demonstrationen. Allerdings befinde man sich nicht mehr in Zeiten eines Krisenbewältigungs- oder Neustartprogramms. Erfolge aus dem Neustartprogramm würden aber in die reguläre Förderung überführt. Sie verweise auf Gastronomie, Einzelhandel, Konnektivität und Hauptstadtmarketing.

Man müsse mit den öffentlichen Mitteln verantwortlich umgehen, Dinge effizienter umsetzen und angesichts der veränderten Lage von einem Krisen- in einen Normalisierungsmodus kommen. Was wichtig gewesen sei, habe SenWiEnBe in den Verhandlungen mit dem Finanzsenator durchbekommen. Mit über 800 Mio. Euro im Haushalt, diversen Fördergeldern, Akquisition von VC und Investitionsmitteln habe man gute Möglichkeiten, die Wirtschaft voranzubringen, viel für die Berliner Wirtschaft zu bewegen und die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen. In ihrer Amtszeit werde es zum dritten Mal gelingen, über 1 Mrd. Euro Investitionen in die Stadt zu holen. Bei einem Gesamtetat von über 40 Mrd. Euro gebe es im Übrigen keinen Grund zu jammern.

Christoph Wapler (GRÜNE) erklärt, man könne nicht gesundbeten, dass sich die Berliner Wirtschaft in einer angespannten Lage befinde. Man werde weiter darüber diskutieren, ob der vorliegende Haushalt angemessen sei. Er bitte um einen schriftlichen Bericht.

Tuba Bozkurt (GRÜNE) betont, kritische Nachfragen seien nicht das Herbeireden einer Krise. Sie verweise auf den IBB-Bericht „Wirtschaft unter Stress“ vom April 2025; lt. IBB sei das Wachstum Berlins im Vergleich zu früheren Jahren nur noch verhalten, Unsicherheiten in globalen Lieferketten, Fachkräftemangel und Investitionszurückhaltung bremsen die Dynamik, Gründungsaktivitäten seien rückläufig, der Start-up-Markt konsolidiere sich vor allem im Bereich VC, Konsum und Bauwirtschaft stagnierten bzw. seien rückläufig. Im Bericht sei von einem Zustand anhaltender ökonomischer Anspannung die Rede. Dies habe nicht die Opposition erfunden, nichts davon sei auf die Regierungszeit der Grünen zurückzuführen. Es gehe um die Verantwortung dieses Senats. Ihre Fraktion wolle einfach darüber diskutieren, was der Senat angesichts dieser Fakten unternehme. Dies sei legitim.

Jörg Stroedter (SPD) bemerkt, dass es sich nicht um eine Berliner, sondern um eine deutsche Wirtschaftskrise handele, wobei zu fragen sei, an welcher Außenpolitik dies liege und welchen Anteil die Grünen daran hätten.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde. Im Übrigen werde die Generaldebatte in der zweiten Lesung geführt.

Steuerungskreis Industriepolitik

Frage Nr. 35, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mit welchem Titelanatz soll die Arbeit des vormals bei der Senatskanzlei angesiedelten Steuerungskreises Transformation der Berliner Industrie (SKIP) abgesichert werden?

Welche durch den SKIP begleiteten und aufgesetzten Vorhaben wurden durch den Titelanatz in den vergangenen zwei Haushaltsjahren 2024/2025 finanziert?

Inwiefern und durch welche Maßnahmen wird der SKIP das Thema Wirtschaftsresilienz (Resilienz bitte hier ausführen) in den Haushaltsjahren 2026/2027 aufgreifen?

Wie arbeitet der Steuerungskreis (Sitzungen, Beschlüsse, Dokumentationen), und wie fließen Ergebnisse in Vergabeentscheidungen ein?

Tuba Bozkurt (GRÜNE) bittet um mündliche Beantwortung.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) legt dar, der SKIP sei als Querschnittsaufgabe beim RBm angesiedelt, weshalb die Mittel nicht in ihrem Etat etatisiert seien. Der Masterplan Industriestadt Berlin und die Programmierung von Fördercalls seien bei SenWiEnBe verortet. Schwerpunkte des SKIP seien Kreislaufwirtschaft und Industrie, Digitalisierung, digitaler Zwilling, KI und Robotik. Eine konkrete Arbeitsplanung für 2026/27 seitens der Skzl liege noch nicht vor. Klar sei, dass es darum gehe, den Industrie- und Produktionsstandort Berlin zu erhalten und krisenresilient zu machen und die großen Transformationsaufgaben wahrzunehmen. Digitalisierung, Dekarbonisierung, Kreislaufwirtschaft, Nachhaltigkeit, Verbindung von Industrie mit Start-ups, Ausgründungen aus der Wissenschaft und Entwicklung neuer Produkte würden sicherlich bestimmende Themen im nächsten Jahr sein.

Tuba Bozkurt (GRÜNE) erkundigt sich nach der Arbeitsweise des Steuerungskreises. Gebe es auch Finanzierungen seitens der Skzl, z. B. zu Robotik und KI, und Überschneidungen bei den Mitteln zwischen Skzl und SenWiEnBe?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) berichtet, der Steuerungskreis tage auf Einladung der Skzl drei- bis viermal im Jahr an unterschiedlichen Orten mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern; man verständige sich zu einzelnen Themen auf ein gemeinsames Vorgehen. Es könne auch zu Beschlüssen und Arbeitsaufträgen kommen, anhand derer einzelne Akteure weiterarbeiteten. Förderungen zu KI, Robotik und Deep Tech liefen bei SenWiEnBe, die Finanzierung der Steuerung und des Veranstaltungsprogramms des SKIP bei der Skzl.

Tuba Bozkurt (GRÜNE) geht davon aus, dass die Skzl keine inhaltlichen Programme oder Projekte finanziere und dies bei SenWiEnBe erfolge. Gebe es Doppelstrukturen bei der Mittelbereitstellung?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verneint dies. Die Skzl habe kein eigenes Robotik- oder KI-Förderprogramm, sondern koordine den Steuerungskreis. Die fachliche Arbeit mit einzelnen Programmen laufe in den Fachressorts. Es gebe keine Doppelförderung.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Prioritätensetzung

Frage Nr. 54, Fraktion Die Linke

Welche Prioritäten setzt die Senatsverwaltung angesichts der angespannten Haushaltslage bei der Wirtschaftsförderung hinsichtlich der Zielgruppen und der wirtschaftspolitischen Förderansätze? Welche Rolle spielen die Innovationsförderungen, Gründungsförderung, Digitalisierung, Kreativwirtschaft, die Dienstleistungswirtschaft und der Tourismus sowie die sozialökologische Transformation in all diesen Bereichen?

Damiano Valgolio (LINKE) bittet um mündliche Auskunft. Zu den Fragen Nrn. 55 bis 77 wünsche seine Fraktion schriftliche Beantwortung. – Eine Kürzung sei eine Kürzung und vor allem bei der Wirtschaftsförderung keine Effizienzsteigerung. Wichtig sei eine Wirtschaftsförderung, die die Arbeitsplätze hier halte, für eine Transformation der Industrie Sorge und darauf abstelle, dass Ideen, die in Berlin entwickelt würden, auch hier in die Produktion gingen. Er frage nach den großen Linien in der Wirtschaftsförderung, denn die Schwerpunkte der SenWiEnBe seien nicht nachvollziehbar. Der Masterplan Industriestadt sei „massiv eingedampft worden“. Die Start-up-Förderung werde reduziert. Die Digitalprämie falle weg. In wichtigen Bereichen werde „der Rotstift ziemlich heftig angesetzt“, insbesondere bei der Transformation der Industrie, während in anderen Bereichen „aufgebaut“ werde.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verweist auf die bereits genannten Leitsätze, die PMA 2024 von über 50 Mio. Euro und die Sperren über 98,4 Mio. Euro im dritten Nachtragshaushalt 2025, sodass man schon von rund 900 auf 800 Mio. Euro gekommen sei. Die Reduzierungen seien die Ausgangsbasis für 2026/27 und der Konsolidierungsbeitrag. Der Fonds Ökologischer Tourismus, das Internationale Kreativfestival, eine Reihe von Liquiditätshilfen zur Krisenbewältigung, die Digitalprämie als zusätzliche Prämie und das Neustartprogramm würden nicht bzw. nicht mehr umgesetzt. Man werde sehen, inwieweit Teile des Neustartprogramms fortgeführt werden könnten. Für die Innovationsförderung werde ProFIT mit jeweils 22 Mio. Euro ausgestattet, ergänzt mit EFRE-Mitteln. Berlin habe als einziges Bundesland eine Reallaborförderung; hier habe man mit 3 Mio. Euro einen Schwerpunkt gesetzt. Bei den Gründungen, insbesondere durch Frauen, liege weiterhin eine Priorität. Der Chancenfonds sei verstetigt worden, wo Gründerinnenförderung und Unterstützungsmaßnahmen zusammengebracht würden. Dies seien jeweils 3,5 Mio. Euro.

Auf der großen Elektromobilitätskonferenz im Roten Rathaus sei es um die Weiterentwicklung von WELMO gegangen. Es werde als Schwerpunktsetzung ein neues Fördermodul geben, die wirtschaftsnahe Elektromobilität auch auf die urbanen Stadtquartiere zu beziehen; man müsse in Mietquartieren ausreichend Ladeinfrastruktur anbieten. Sie verweise auf die Gigabitstrategie und Glasfasernetzfinanzierung als Voraussetzung für das Wirtschaftswachstum. Man müsse von 50 auf 100 Prozent kommen. SolarPLUS habe sie bereits erwähnt. Förderungen von Handwerk, Industrie, Gewerbe, Kreativ- und Medienwirtschaft sowie Investitionen in die Infrastruktur seien wichtig, um den Wirtschaftsstandort zu stärken. Weitere

Schwerpunkte seien Standortmanagement, BIDs und Einzelhandelszentrenförderung, wo man mit den investierten Geldern auch einen Mehrwert erziele.

Damiano Valgolio (LINKE) erkundigt sich nach den Kürzungen im Bereich Masterplan Industriestadt Berlin. Ansonsten bitte er um einen schriftlichen Bericht.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) sagt einen schriftlichen Bericht zu. Einsparnotwendigkeiten seien in allen Einzelplänen gegeben. SenWiEnBe habe 0,5 Prozent gegenüber dem laufenden, teilweise gesperrten Etat reduzieren müssen und die Ist-Abschlüsse, Fördermöglichkeiten auf EU- oder Bundesebene sowie Doppelstrukturen bzw. noch nicht existente Förderstrukturen betrachtet. Ohne Einsparnotwendigkeiten hätte man sich bspw. bei der migrantischen Ökonomie mehr Dinge vorstellen können. Die Digitalprämie wäre ein gutes Instrument gewesen, für die Beratung kleiner Unternehmen gebe es die Digitalagentur. Der InvestitionsBONUS sei eine Neustartstruktur gewesen, sodass man nach Corona neue Wege gehen müsse. Es gebe eine neue haushälterische Herangehensweise mit geschlossenem Eckwert für die Senatsverwaltungen. Gute Wirtschaftspolitik erschöpfe sich nicht im Etablieren von Förderstrukturen, sondern ganz oft im Öffnen von Türen, Zusammenbringen von Menschen und Knüpfen von Netzwerken. SenWiEnBe setze stark auf die Kreativwirtschaft als größte produzierende Industrie in Berlin. Die Förderung von Clubs werde fortgesetzt.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

Kapitel 1300 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen –

Frage Nr. 78, AfD-Fraktion

Weshalb sind für die Jahre 2026 und 2027 keine Mittel mehr für Prämien für besondere Leistungen eingestellt und inwiefern ist beabsichtigt, den Titel zu entsperren und Prämien ausbezahlen?

Frank-Christian Hansel (AfD) fragt, warum die Prämien für besondere Leistungen eingestellt worden seien.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) antwortet, die Gewährung von Leistungsprämien für Beschäftigte stehe immer unter dem Vorbehalt einer haushaltsrechtlichen Zahlungsmächtigung im Haushaltsgesetz für Beamte bzw. durch SenFin für Tarifbeschäftigte. In Bezug auf den dritten Nachtragshaushalt 2025 habe sich der Senat darauf verständigt, die Ansätze für Leistungsprämien und Zulagen zu sperren. Dies werde für 2026/27 fortgeschrieben. SenWiEnBe habe einen Merkansatz mit Sperrvermerk vorgesehen, damit die Möglichkeit der Mitarbeitermotivation durch Prämienzahlungen nicht gänzlich ausgeschlossen sei, man müsse aber dem Konsolidierungsdruck Rechnung tragen. Man brauche hier ein einheitliches Vorgehen der Häuser, denn es gehe insgesamt um einen nicht unerheblichen Betrag.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Frage Nr. 79b, AfD-Fraktion

Wieso verdoppelt sich der Bedarf an Büromaterial, insbesondere Papier, in den Jahren 2026 und 2027 im Vergleich zum Jahr 2025 vor dem Hintergrund von Papier-sparvorhaben und zunehmender Digitalisierung?

Frank-Christian Hansel (AfD) bittet um mündliche Erläuterung, wie es zu solchen Strukturen komme.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) räumt ein, dass Teilansatz 1 irrtümlich um rund 20 000 Euro erhöht worden sei. SenWiEnBe wolle vielmehr eine Erhöhung im Teilansatz 2. Es gebe keinen Mehrbedarf an Papier, im Gegenteil, man habe die E-Akte. SenWiEnBe beabsichtige, den Fehler im Rahmen des Enddruckstücks zu korrigieren.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten –

Frage Nr. 81, AfD-Fraktion

Bitte die Vervielfachung des Ansatzes erläutern. Wie viele Streitigkeiten in beamten- und arbeitsrechtlichen Angelegenheiten sind derzeit anhängig?

Frank-Christian Hansel (AfD) bittet um mündliche Beantwortung.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) schildert, bei beamten- und arbeitsrechtlichen Streitverfahren müsse SenWiEnBe ggf. Gerichtskosten zahlen und Anwaltskosten einkaufen, denn ab der zweiten Instanz bestehe Anwaltszwang. Im Moment seien keine Verfahren anhängig, aber im Zuge der Fluktuation oder der Versetzung in den Ruhestand werde es zu mehr Stellenbesetzungsverfahren kommen, sodass man auch mehr Geld für Streitverfahren bei Kündigungen oder Entlassungen bzw. Konkurrentenstreitverfahren einkalkulieren müsse. Damit werde Vorsorge getroffen; ob dies so eintreten werde, könne man nicht vorhersagen.

Frank-Christian Hansel (AfD) stellt die Nachfrage, ob dieser Ansatz nur SenWiEnBe oder auch landeseigene Unternehmen betreffe, bei denen SenWiEnBe im Aufsichtsrat vertreten sei.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) teilt mit, dass es nur um SenWiEnBe gehe.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 82b, Fraktion Die Linke

Zu TA 4: Bitte um Bericht zur Umsetzung und geplanten Maßnahmen

Zu TA 6: Was ist geplant? Wie wurde die Versorgung in Krisenzeiten bislang gesichert?

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die antragstellende Fraktion schriftliche Beantwortung wünsche.

Frage Nr. 82c, AfD-Fraktion

Bitte die Erarbeitung und Umsetzung eines Treibstofflogistikkonzepts näher erläutern.

Frank-Christian Hansel (AfD) bittet um mündliche Beantwortung.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, die Erläuterung zu einem Treibstofflogistikkonzept werde schriftlich erfolgen.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

Kapitel 1309 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Personalüberhang –

Ohne Aussprache.

Kapitel 1320 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung –

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –

Frage Nr. 87b, AfD-Fraktion

Aus welchen Zuwendungsprojekten ergeben sich Rückzahlungen überwiegend?

Frank-Christian Hansel (AfD) bittet um mündliche Beantwortung.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) teilt mit, dass SenWiEnBe etwaige Rückzahlungen von Zuwendungsprojekten nicht vorhersehen könne. Es gebe Erfahrungswerte und Prognosemöglichkeiten. Gleichwohl könnten nicht absehbare Sondertatbestände auftreten. Bei Rückzahlungen gehe es um nicht verbrauchte Mittel oder Mittel, die nicht zweckentsprechend verwendet worden seien. SenWiEnBe sei bestrebt, dass Mittel zweckentsprechend verausgabt und Fördermittelnnehmer beraten würden, damit Rückzahlungen möglichst vermieden werden könnten. Es gebe noch Rückzahlungsverpflichtungen aus älteren Projekten, wo Abrechnung und Prüfung andauerten.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Titel 52703 – Dienstreisen –

Frage Nr. 90 Punkt 1, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Erklärung weshalb die Ausgaben die Ansätze mitunter deutlich übersteigen und bei welchen Titeln stattdessen weniger ausgegeben wurde.

Tuba Bozkurt (GRÜNE) bittet um mündliche Stellungnahme zu Punkt 1. Es wirke wie ein Schattenhaushalt, auch wenn die Ausgaben die Ansätze mitunter deutlich überstiegen hätten. Die übrigen Punkte der Frage Nr. 90 sollten schriftlich beantwortet werden.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) hält entgegen, dass der Begriff des Schattenhaushalts bei 58 000 von 800 Mio. Euro unverhältnismäßig sei. 2025 hätten der Ansatz 27 000 Euro und das Ist 58 000 Euro betragen. Sie verweise auf das Internationalisierungskonzept. Es sei wichtig, das Thema internationale Beziehungen/Außenwirtschaft als einen wesentlichen Schwerpunkt zu etablieren, denn mit Delegationsreisen, Messeständen, internationalen Auftritten und gemeinsamen Reisen mit der Berliner Wirtschaft könne man einen Mehrwert generieren. Die politische Begleitung von Reisen öffne Türen; bspw. hätte eine Wirtschaftsdelegation in Indien und Südkorea nicht so viele Termine mit Regierungs- und Wirtschaftsvertretern vor Ort bekommen. Die baden-württembergische Wirtschaftsministerin unternehme deutlich mehr Reisen und habe damit Erfolg. Als Weltmetropole habe Berlin einen internationalen innovativen Anspruch. 58 000 Euro für Dienstreisen seien in einem Jahr im Verhältnis zum Gesamtetat vertretbar und nicht zu viel, um im Ausland für Berlin zu werben. Sie begrüße diese Aktivitäten, gleichwohl werde immer abgewogen, was wie zu tun sei. Berlin Partner unterhalte auch viele Auslandskontakte ohne politische Begleitung.

Tuba Bozkurt (GRÜNE) stellt klar, als Haushaltsgesetzgeberin interessiere sie, warum die Ansätze deutlich niedriger als die Ausgaben seien. Auch bei kleinen Budgets seien Nachfragen angebracht, denn Überschreitungen an dieser Stelle hätten durch Kürzungen an anderer Stelle ausgeglichen werden müssen. Sie sei nicht gegen ein Internationalisierungskonzept, allerdings sei die Frage, welche Titel, Ausgaben und Strategien ihm zugrunde lägen.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 92c, Fraktion Die Linke

Welche Schwerpunktsetzung zwischen Innovationsförderungen und anders ausgerichteter Wirtschaftsförderung liegt den Entwicklungen in diesem Titel zu Grunde?

Zu Nr.9: Welche Maßnahmen zur Stärkung der Kreativwirtschaft und zum Ausbau der Förderstrukturen können im Jahr 2027 aufgrund der Kürzung um 400T € voraussichtlich nicht mehr finanziert werden?

Zu Nr. 10.: Inwiefern zeigt die Änderung des Programms von „Stärken Berliner Kunstmessen“ zu „Stärken des Berliner Kunstmarktes“ eine inhaltliche Änderung

an? Werden neben dem Gallery Weekend- Format, der Kunstmesse Positions sowie dem Pilotprogramm Einzelmessseförderung Galerien andere Maßnahmen finanziert?

Zu Nr. 11: Welche Einschätzung besteht in der Senatsverwaltung zum Fonds ökologischer Tourismus, zur Rolle des Tourismus für die Berliner Wirtschaft und die Erfordernisse der Transformation für eine nachhaltige Tourismusstrategie Berlins?

Zu Nr. 12: Warum wird die Geschäftsbesorgung für den Gründerinnen-Förderung“-Chancenfonds auf null gefahren, während der Programmtitel in 68307 Nr.2 unverändert mit 3,5 Mio weiterläuft?

Zu Nr. 13: Welche Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Fonds zur Förderung von Gründungen von Menschen mit Migrationsgeschichte wurden im Jahr 2025 aus diesem Titel erbracht?

Zu Nr. 18: Die Reduzierung in dieser Nummer und die angekündigte Weiterführung unter Nr. 9 bedeutet eine weitere Kürzung – wie soll der Schwerpunkt bei den verschiedenen Maßnahmen zur Stärkung der Kreativwirtschaft gesetzt werden, wenn 2027 über 900T weniger zur Verfügung stehen?

Zu Nr. 19 + 23: Bitte um nachvollziehbare Darstellung, welche Titel wie zusammengeführt werden und was unterm Strich als Mehrausgabe in den Haushaltsentwurf eingestellt wurde? Sind die 2,5 Mio Mehrausgaben für Fashion-Week und UNESCO City of Design vor allem Verschiebungen im Haushalt (zu Lasten anderer Maßnahmen), nur eine haushaltsneutrale Zusammenführung für die gleichen Maßnahmen, oder sind es Mehrbedarfe die zusätzlich gedeckt werden?

Zu TA 26: Bitte um weitere Erläuterung.

Damiano Valgolio (LINKE) bittet um einen schriftlichen Bericht.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

Frage Nr. 93d, AfD-Fraktion

Bitte den Wegfall der Berliner Wirtschaftskonferenz näher erläutern. Was hat zu der Entscheidung geführt? War die Berliner Wirtschaftskonferenz kein Erfolg?

Frank-Christian Hansel (AfD) bittet um mündliche Erläuterung, warum die Berliner Wirtschaftskonferenz abgesetzt worden sei.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) schildert, seit 2006 habe man in der Berliner Wirtschaftskonferenz das Thema gehabt, wie man die Innovationsstrategie fortentwickeln und die Nachwendetransformation bewältigen könne. SenWiEnBe befasse sich weiter mit dem Thema, wie der Innovationsstandort Berlin vorangebracht werden könne. Das Programm für Internationalisierung werde aufgestockt und das Format der Wirtschaftskonferenz in die-

ses Programm und Formate im Rahmen der Clusterstrategie überführt. Die Zusammenführung der Aktivitäten diene auch der größeren Haushaltsklarheit.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) ergänzt, dass es bei Berlin Partner sog. Clusterkonferenzen gebe. Auch vor dem Hintergrund der Einsparnotwendigkeit sei SenWiEnBe zu dem Schluss gekommen, dass die Wirtschaftskonferenz nicht mehr stattfinden müsse, sondern in den bestehenden Strukturen aufgehen könne, die funktionierten.

Frank-Christian Hansel (AfD) fragt, ob es bei Berlin Partner auch internationale Investorenkonferenzen für Leuchtturmprojekte, z. B. Flughafen Tempelhof, ICC, geben könne und die Wirtschaftskonferenz in diese Richtung umgewidmet werde.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verweist darauf, dass Investoren nicht große Konferenzen für diverse Projekte, sondern eine individuelle, intensive und vertrauliche Betreuung bei der Ansiedlung wünschten, weil auch die Bedürfnisse sehr individuell seien. Sie verweise z. B. auf das Tesla-Forschungs- und Entwicklungszentrum. Bei Start-ups und Tech-Fragen könne man fertige Modelle präsentieren, die sich an Unternehmen richteten. Eine Konferenz werde es im Herbst für die Zusammenarbeit mit der Ukraine und die Wiederaufbauhilfen geben. Bei Unternehmensansiedlungen setze man auf individuelle Betreuung.

Christian Gräff (CDU) wirft ein, dass die AfD irgendwelche schweizerischen Investoren für alles habe. Für Tempelhof gebe es ein tolles Konzept von Berliner Unternehmen für eine Eventhalle, das man sich anschauen sollte. Dies passe aber nicht in eine Investorenkonferenz, notwendig seien individuelle Gespräche.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Titel 68307 – Wirtschaftsförderung –

Frage Nr. 96c, Fraktion Die Linke

Zu TA 1: Was wurde in 2024/25 umgesetzt und was ist in 2026/27 beabsichtigt?

Zu Nr. 2: Welche weiteren Instrumente neben dem Gründerinnen-Stipendium werden aus dem Gründerinnen-Förderung-Chancenfonds nach der Einstellung des Gründerinnen-Bonus finanziert, und wie verteilen sich die entsprechenden Ausgaben aus dem Fonds im Jahr 2024 und im Jahr 2025 (Stichtag 31. Juli)?

Zu Nr. 2 (alt): Warum entfällt die Unterstützung für die Transformation hin zur nachhaltigen Wirtschaft aus diesem Titel und wird nur für ein Jahr mit einer Reduktion um Zweidrittel im Rahmen von Dienstleistungen (S. 47, Titel 54010 Nr. 26) zur Bündelung weitergeführt?

Zu Nr.3 : Wie viele Mittel wurden 2025 aus diesem Titel abgerufen? Welche Überlegungen stehen hinter der Prioritätensetzung, die zur Streichung führte?

Zu Nr. 8.: House of Finance and Tech: Welches Ergebnis wurde mit der bisherigen Förderung erreicht und wie sieht die Zukunftsperspektive aus?

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die antragstellende Fraktion schriftliche Beantwortung wünsche.

Frage Nr. 96d, AfD-Fraktion

Bitte zu TA 11 näher erläutern, weshalb eine zusätzliche Veranschlagung des GründerinnenBONUS als Billigkeitsleistung erfolgt, und weshalb TA 2 nicht auch entsprechend um 500 T€ reduziert ist (trotz deutlich geringerem Ist 2024).

Frank-Christian Hansel (AfD) bittet um schriftliche Beantwortung.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Titel 68316 – Förderung des Berlin-Marketing –

Frage Nr. 97b zu Teilansatz 7, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu Nr.7: Welche Gründe führten zur Einstellung der Kampagne Startup-Hauptstadt Berlin?

Tuba Bozkurt (GRÜNE) bittet um mündliche Beantwortung der Frage zu Teilansatz 7. Die übrigen Fragen sollten schriftlich beantwortet werden.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) trägt vor, die Kampagne sei gelaufen und dann eingestellt worden. Die Materialien könnten jederzeit verwendet werden. Berlin habe ein gut ausgebildetes Start-up-Ökosystem. Die Unternehmen würden für sich. Die Wirtschaftspolitik sei auf dieses Ökosystem ausgerichtet, das Thema immer virulent. Daher sei die Einstellung der Kampagne verschmerzbar.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

Frage Nr. 97d, AfD-Fraktion

Die Kampagne Startup-Hauptstadt Berlin entfällt aufgrund der Prioritätensetzung zugunsten des Kongressfonds Nachhaltiges Tagen, welcher um 50 Prozent aufgestockt wird. Bitte diese Prioritätensetzung erläutern.

Frank-Christian Hansel (AfD) bittet um mündliche Beantwortung.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verweist auf die Ausführungen des Staatssekretärs. Die Start-up-Kampagne sei gelaufen. SenWiEnBe weise in allen Veranstaltungen auf die Start-up-Metropole hin. Das Thema werde weiterkommuniziert. Auch ohne die Fortführung einer speziellen Kampagne werde man für den Start-up-Standort Berlin eintreten. Mit dem Kongressfonds Nachhaltiges Tagen könne man Kongressen zusätzliche Anreize geben, nach Berlin zu kommen und zur Stadttrendite beizutragen. SenWiEnBe habe dies gegenüber einer Kampagne, die ohnehin weiter propagiert werde, vorgezogen.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Titel 68542 – Zuschüsse an Einrichtungen der internationalen Kooperation –

Frage Nr. 99e, Fraktion Die Linke

Zu TA 15: Was waren die Aktivitäten in 2024/2025 und welche sind in 2025/26 bereits geplant?

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die antragstellende Fraktion schriftliche Beantwortung wünsche.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Frage Nr. 100a zu Teilansatz 10, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Bitte erläutern Sie, welche Lärmschutzmaßnahmen in der Berliner Clubszene in den Jahren 2022–2025 gefördert wurden und welche Ergebnisse hierbei erzielt werden konnten.

Bitte erläutern Sie, welche Bedarfe von Seiten der Berliner Clubszene für Lärmschutzmaßnahmen aktuell bestehen und in welchem Umfang diese mit den bisherigen Mitteln gedeckt werden konnten.

Tamara Lüdke (SPD) bittet um mündliche Erläuterung.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) betont, Lärmschutzmaßnahmen seien eine wesentliche Unterstützung der Berliner Clubszene. Dieses erfolgreiche und stark nachgefragte Förderprogramm werde im Doppelhaushalt 2026/27 mit je 1 Mio. Euro fortgeführt. Die Rückmeldungen seien sehr positiv; Schallschutzmaßnahmen verbesserten das Verhältnis der Clubs zu ihrer Nachbarschaft. Zu der Vielzahl der durchgeführten Schallschutzmaßnahmen werde sie eine Tabelle übermitteln.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

Frage Nr. 100c, Fraktion Die Linke

Zu Nr.8: Welche Maßnahmen wurden 2025 für Unternehmen, die den Frauenanteil in Führungspositionen nachhaltig fördern, umgesetzt und wie war die Mittelausschöpfung? Warum wird der Teilansatz im EP ganz eingestellt? Inwiefern ergibt sich in der Summe bei der Fortführung im EP 11 eine Verstärkung oder Kürzung der Mittel für dieses Thema?

Damiano Valgolio (LINKE) bittet um einen mündlichen Bericht.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) berichtet, SenWiEnBe habe 2025 zugunsten der PMA keine Mittel aus diesem Titel abgerufen. Die Mittel des Teilansatzes 2023 und 2024 seien im Rahmen der auftragsweisen Bewirtschaftung an die für Gleichstellung zuständige SenASGIVA gegeben, die damit das Projekt „Erfolgsfaktor Führungskultur – Gleichstellung und Vielfalt im Führungsteam stärken“ umsetze. Die Förderung werde fortgeführt, die Mittel seien bei SenASGIVA verortet. Deshalb erfolge hier keine Neuanmeldung 2026/27.

Damiano Valgolio (LINKE) weist darauf hin, dass dieses Förderprogramm im Einzelplan 11 nicht auftauche. Es gebe lediglich ein Programm zur Förderung von Frauen in Führungspositionen der Verwaltung, aber nicht in der Privatwirtschaft.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, ihr Stand sei, dass die Übertragung erfolgt sei. SenWiEnBe werde dem Hinweis nachgehen und beim nächsten Mal darüber informieren.

Damiano Valgolio (LINKE) äußert, dass die Fragen zum Programm beantwortet seien, er bitte aber, eine Information zum Verbleib des Programms nachzureichen.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) bekundet Interesse an der Aufklärung.

Sabine Leutenecker (SenWiEnBe) sagt zu, dass SenWiEnBe dem nachgehen werde.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die Frage damit erledigt sei, unter der Maßgabe, dass eine Information zu der Frage nachgereicht werde, wo die Mittel im Einzelplan der SenASGIVA zu finden seien.

Kapitel 1330 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Betriebe und Strukturpolitik –

Titel 16210 – Zinsen –

Frage Nr. 104, AfD-Fraktion

Ein Gesellschafterdarlehen an die Messe Berlin ist zum 31.03.2027 endfällig und wird in 18210 über beide Haushaltsjahre i.H.v. 50 Mio. € getilgt. Es wird in 2027 mit Zinseinnahmen über 20 Mio. € gerechnet. In welcher Höhe wurde das Darlehen zu welchem Zinssatz vergeben?

Frank-Christian Hansel (AfD) bittet um mündliche Beantwortung.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) macht geltend, dass dieses Thema der Vertraulichkeit unterliege und hier nicht in öffentlicher Sitzung behandelt werden könne.

Frank-Christian Hansel (AfD) kündigt an, dass seine Fraktion das Thema im UA Bmc aufgreifen werde.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Titel 33191 – Zuweisungen des Bundes zur Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur –

Frage Nr. 107, AfD-Fraktion

1. Wieso halbieren sich die Infrastrukturmaßnahmen der Bezirke im Rahmen der GRW in den Jahren 2026 und 2027 im Vergleich zum Jahr 2025?
2. Wieso sinken die Zuschüsse im Rahmen der GRW im Bereich Gewerbliche Wirtschaft signifikant um 7,5 Mio. € in den Jahren 2026 und 2027 im Vergleich zum Jahr 2025?
3. Um welche Infrastrukturmaßnahmen der Hauptverwaltungen im Rahmen der GRW handelt es sich in den Jahren 2026 und 2027?

Frank-Christian Hansel (AfD) bittet um schriftliche Beantwortung.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

MG 04/Titel 12126 – Gewinnablieferungen der Anstalten des öffentlichen Rechts –

Frage Nr. 108c, AfD-Fraktion

Bitte den Anstieg der BWB-Gewinnablieferungen in 2027 erläutern.

Frank-Christian Hansel (AfD) bittet um mündliche Stellungnahme.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) sagt einen schriftlichen Bericht zu, da der Sachverhalt komplex und interne Fragen betroffen seien, die eher in den UA Bmc gehörten.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 111b zu Teilansatz 6, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu Nr.6: Woraus entstehen die Abwicklungskosten für den GründungsBONUS in 2026 und 2027?

Tuba Bozkurt (GRÜNE) bittet um mündliche Beantwortung der Frage zu Teilansatz 6. Die übrigen Fragen sollten schriftlich beantwortet werden.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

Frage Nr. 111d, AfD-Fraktion

Bitte die Abwicklungskosten für die Soforthilfeprogramme sowie die Kostensprünge zwischen den Haushaltsjahren näher erläutern.

Frank-Christian Hansel (AfD) bittet um mündliche Beantwortung.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, dass ein schriftlicher Bericht hier ebenfalls sinnvoll wäre.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

Titel 67125 – Ersatz von Ausgaben der Messe Berlin –

Frage Nr. 112b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Erläuterung welche Maßnahmen im Rahmen des Masterplans umgesetzt werden sollen? Können die Mittel grundsätzlich auch für Abriss und Neubau von Messehallen eingesetzt werden?

Christoph Wapler (GRÜNE) fragt mit Bezug auf die aktuelle Presseberichterstattung, ob die Halle 9 gebaut werde.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) antwortet, aus ihrer Sicht bleibe die Messe Berlin als wichtiges Unternehmen in Landeshand. Man müsse sie so aufstellen, dass sie ihre Arbeit gut machen könne, den Messe- und Kongressstandort stärke, positiv in der Gewinnentwicklung sei und große Veranstaltungen mit hoher Stadtreichweite in die Stadt hole. Damit der Messestandort erfolgreich sei, brauche er örtliche Gegebenheiten, die Berlin international wettbewerbsfähig hielten und für viele multifunktionale Veranstaltungen nutzbar seien. Deshalb gebe es den Masterplan zur Messeentwicklung. Vor einigen Monaten habe man die Investitionsbedarfe erörtert. Man müsse dies zusammen mit dem Autobahndreieck, einer neuen Stadteingangssituation und dem ICC-Wettbewerb denken. Es gehe um eine Wiederbelebung des ICC mit privatem Engagement, weil das Land dies nicht selber leisten könne. Eine Messe- und Kongressstudie mache deutlich, dass man im Moment nicht alle Veranstaltungen bedienen könne. Man müsse von Ablehnungen wegkommen. Es gebe einen Bedarf in der mittleren Größenordnung um 5 000 Teilnehmer.

Die Messe habe vorgeschlagen, die marode Halle 9 abzureißen und neu zu bauen, was im Aufsichtsrat diskutiert worden sei. Es handele sich im Übrigen um einen Auftrag des Senats an die Messe Berlin zu prüfen, wie dies gehen könne, ohne dass das Land über den Masterplan hinaus zusätzliche Mittel hineingebe. Die Frage sei, wie die Messe mit Eigenmitteln und Möglichkeiten einer Kreditaufnahme notwendige Sanierungen und Ertüchtigungen des Standorts vornehmen könne. Während der InnoTrans sei das Messegelände zu 100 Prozent belegt, sodass eine Sanierung bzw. ein Neubau nur in dem Zeitraum dazwischen möglich sei. Aufsichtsrat und Senat betrachteten dies positiv. Sie erwarte von einem Messechef, dass er sich Gedanken mache, wie seine Infrastruktur intakt bleibe. Im UA Bmc werde das Thema am kommenden Freitag, dem 12. September 2025, ausführlich behandelt werden.

Christian Gräff (CDU) erkundigt sich, ob es eine haushälterische Unterstützung für eine neue Eventhalle in Tempelhof gebe und welche Gespräche stattfänden, um privates Engagement möglich zu machen.

Dunja Wolff (SPD) äußert, dass Platzmangel bestehe, sodass eine Halle für Großevents wirtschaftlich einen großen Effekt haben könnte.

Sebastian Scheel (LINKE) bemerkt, dass öffentliche Debatten, auch in den Koalitionsfraktionen, über die Zukunft der Messe für den Messestandort Berlin nicht vorteilhaft und für den Wirtschaftsstandort Berlin gefährlich seien. Für ihn gebe es nur einen Messestandort unterm Funkturm.

Christoph Wapler (GRÜNE) vertritt die Ansicht, dass es hier einen Koalitionskrach gebe. Er teile das Bekenntnis zum Standort unterm Funkturm. Stehe der Senat hinter dem Neubau der Halle 9? Sei die Senatorin der Auffassung, dass dieser dem ICC-Konzeptverfahren nicht schade? Sei die Stellungnahme der Senatorin eine Absage an jede Privatisierung der Messe gewesen? Denn diese Debatte schade der Messe.

Jörg Stroedter (SPD) erklärt, dass sich die SPD-Fraktion gegen die Privatisierung der Messe ausgesprochen und Bedenken gegen den alten Vorschlag des Baus der Halle 9 als CityCube 2 habe, denn man brauche eine Zufahrt und auch andere Hallen auf dem Gelände müssten saniert werden. Zudem sei nach den Äußerungen des Rechnungshofs über das Engagement der Messe auf dem ehem. Flughafenareal in Tegel zu diskutieren. Diese Themen gehörten aber zunächst in den vertraulich tagenden UA Bmc. Aus dieser internen Debatte würden dann Konsequenzen zu ziehen sein. Seine Fraktion sehe die Engagements der Messe in Berlin insgesamt positiv; das Auslandsgeschäft sei ein anderes Thema. Zum Thema Tempelhof gebe es unterschiedliche Positionen. Er sei für den Verbleib auf dem Messegelände unterm Funkturm. Dazu gehöre für ihn auch ein funktionierendes ICC, denn ohne ICC seien viele Großkongresse an Berlin vorbeigegangen.

Michael Dietmann (CDU) führt an, dass es nicht falsch sei, öffentlich über den besten Weg der Messe zu streiten. Man wolle das Messe- und Kongressgeschäft in Berlin stärken, und die Frage sei, wie man dies am besten tue. Fakt sei, dass nur limitierte Mittel zur Verfügung stünden, sodass zu diskutieren sei, wo diese Mittel am besten eingesetzt würden. Die Frage sei, privates Engagement für eine ähnliche Halle an anderer Stelle ernsthaft zu prüfen, um dann u. U. Geld an anderer Stelle einzusetzen, man müsse dies aber nicht tun. Wie neue Messen und Kongresse in Berlin etabliert werden könnten, sollte diskutiert werden, denn in den letzten zehn Jahren sei keine neue ernstzunehmende Messe entstanden. Die Messe sei nicht Veranstalter der GITEX, sondern stelle lediglich das Messegelände zur Verfügung. Gleiches gelte für die IFA. Für neue Formate brauche man Geld. Daher sei über den sinnvollsten Einsatz der begrenzten Ressourcen zu diskutieren.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) macht geltend, dass über neue Großveranstaltungen, z. B. im Life-Science-Bereich, diskutiert werde. Sie verweise auf das Fintech-Festival. Außerdem gehe es um Veranstaltungen in den großen Wachstumsbranchen Green Tech, Health-Tech, Games und E-Sport. Neue Formate gebe es in Mexiko und Singapur, um zusätzliches Geschäft zu generieren. Diese passten in das Internationalisierungskonzept und zu dem Anspruch einer Weltmetropole. Bei internationalen Formaten liege Berlin noch hinter

Frankfurt und München. 2024 sei das wirtschaftlich erfolgreichste Jahr der Messe gewesen, und zwar ohne die Flüchtlingsunterbringung in Tegel. Fragen, die sich aus der Rechnungsprüfung ergäben, müssten ordentlich geprüft werden.

Ein Konzept für eine Halle in Tempelhof sei SenWiEnBe noch nicht präsentiert worden. Sie kenne ein Renderingbild aus der Zeitung. Auf Nachfrage seien Unterlagen eingegangen, die Betreiberfrage und die Kosten aber unklar. Wenn private Investoren einen zusätzlichen Veranstaltungsort errichten wollten, stehe SenWiEnBe dem erst einmal offen gegenüber. Wenn aber sofort die Frage nach öffentlichen Mitteln gestellt werde, entspreche dies nicht ihrer Vorstellung. SenWiEnBe habe im Moment keinen Finanzierungsansatz, um ein solches privates Projekt mit öffentlichen Mitteln zu fördern. Wenn öffentliche Mittel zur Verfügung stünden, würden diese für das eigene Messegelände unterm Funkturm eingesetzt. Im Übrigen gebe es noch ein anderes Projekt, das vielleicht bald stärker in der öffentlichen Debatte sein werde.

Der Wettbewerb zum ICC sei geschlossen. Die Beiträge würden angeschaut. Die erste Jury-sitzung habe noch nicht stattgefunden. Im nächsten Jahr solle die Entscheidung über die Anhandgabe getroffen werden. Die Halle 9 existiere und sei dauernd belegt. Insofern stelle sich nicht die Frage, ob man die Halle 9 brauche. Man brauche aber vielleicht eine Halle 9, die den multifunktionalen Anforderungen der heutigen Zeit entspreche. Man könne die vorhandene Halle modernisieren oder die Halle neu errichten, wenn sich dies wirtschaftlich besser darstellen lasse, was durch die Messe Berlin abzuwägen und durch den Aufsichtsrat zu prüfen sei. Man wolle ein Gesamtkonzept für die Autobahnführung, die Fläche vor der Avus-Tribüne, die Wiederbelebung des ICC als Ort für Innovation, Kreativität und Veranstaltungen und einen modernen Messestandort. Die Messe Berlin werde im UA Bmc ausführlich Bericht erstatten. Viele der aufgeworfenen Fragen könnten dort beantwortet werden.

Dunja Wolff (SPD) merkt an, dass sich das Messeverhalten verändern werde, was eine umgebaute Halle befeuern könne. Technisches Know-how werde immer wichtiger. Darauf müsse man sich vorbereiten. Ausstellungen, Events und Veranstaltungen sollten an einem Ort gebündelt werden. Es sollte geprüft werden, wenn sich private Leute auf den Weg machten, was bei Komplexen wie in Tempelhof wahrscheinlich notwendig sei, auch wenn es weh täte, dies aus der Hand zu geben.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

Titel 68368 – Zuschüsse zur Steigerung der Leistungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen –

Frage Nr. 116 b, Fraktion Die Linke

Zu Nr.1: Inwiefern wurden die Zuschüsse zur Qualifizierung von Beschäftigten und Selbstständigen einschließlich Wissenstransfer Hochschule in der Vergangenheit nicht benötigt und können ersatzlos gekürzt werden?

Zu Nr.2 Welche Perspektive hat das Berliner Startup-Stipendium angesichts der Entwicklung der Ausstattung von ehemals 6,8 Mio. auf mittlerweile 3,5 Mio. in 2026?

Damiano Valgolio (LINKE) bittet, dass die Frage mündlich beantwortet werde.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erläutert, dass das Programm „Zuschüsse zur Qualifizierung von Beschäftigten und Selbstständigen einschließlich Wissenstransfer Hochschule“ gestrichen werde, da es nicht erfolgreich gewesen sei. Angesichts der geringeren zur Verfügung stehenden ESF- und Landeshaushaltsmittel würden diese nun effizienter eingesetzt. – Beim Berliner Startup Stipendium müsse beachtet werden, dass die Start-up-Förderung insgesamt erhöht worden sei. Aufgrund des Bedarfs sei als eine Schwerpunktsetzung der GründerinnenBONUS mit insgesamt 3,5 Mio. Euro aufgesetzt worden. Damit betrage die Start-up-Förderung dieser beiden Programme 2026 6,95 Mio. Euro und 2027 7,55 Mio. Euro.

Damiano Valgolio (LINKE) bittet, dass der Titel der neuen Förderung genannt werde.

Sabine Leutenecker (SenWiEnBe) antwortet, dass dies im Kapitel 1320 – Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung – unter dem Titel 68307 – Wirtschaftsförderung – veranschlagt sei. Das Gründerinnenstipendium sowie der GründerinnenBONUS würden zu einem gemeinsamen Bewerbungsauftrag zusammengefasst.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 116 b abgeschlossen sei.

Titel 83107 – Kapitalzuführung an die WISTA Management GmbH –

Frage Nr. 119 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Was ist der aktuelle Stand der Gewerbeflächenentwicklung durch die Wista GmbH? Welche Pläne hat der Senat um dem eklatanten Gewerbeflächenmangel zu begegnen?

Julian Schwarze (GRÜNE) präzisiert, dass die Frage nicht auf Büroflächen abziele.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die Frage entsprechend schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 119 c, Fraktion Die Linke

Warum sind für die nächsten zwei Jahre keinen Grundstücksankäufe vorgesehen und was bedeutet das für die geplanten weiteren Pilotprojekte der kommunalen Gewerbehöfe?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erläutert, dass die durchgeführten Kapitalerhöhungen der WISTA für wirtschaftsfördernde Maßnahmen auf kommunalen Flächen vorgesehen seien. Grundstücksankäufe seien nur ausnahmsweise möglich, wenn es Liegenschaften der BImA seien. Grundsätzlich werde aber versucht, die Option des Liegenschaftserwerbs zu ermöglichen, sollte sich eine Möglichkeit eröffnen.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 119 c abgeschlossen sei.

Titel 89360 – Energetische Modernisierung von Wohngebäuden (Effiziente GebäudePLUS) –

Frage Nr. 125 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche konkreten Mittel stehen künftig über das Sondervermögen SIWA für das Programm bereit?

Bleibt die Umsetzung bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe oder wechselt die Zuständigkeit?

Wird das Programm „Effiziente GebäudePLUS“ inhaltlich unverändert fortgeführt, oder ändert sich der Förderrahmen durch den Wechsel ins SIWA?

Wie viele Anträge sind noch in Bearbeitung, wie hoch ist dabei das beantragte Fördervolumen und wie wird mit den Anträgen weiter verfahren?

Für welche Arten von Wohngebäuden ist die Förderung konkret vorgesehen (z. B. private, kommunale, Genossenschaften)?

Welche energetischen Maßnahmen (z. B. Dämmung, Heizungsmodernisierung, erneuerbare Energien) sind förderfähig?

Wie wird die Wirksamkeit der eingesetzten Mittel (z. B. Energieeinsparung, CO₂-Reduktion) überprüft?

Gibt es Berichtspflichten gegenüber dem Abgeordnetenhaus, da die Mittel nicht mehr im Einzelplan, sondern im SIWA laufen?

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) bittet, dass der erste Unterpunkt der Frage mündlich beantwortet werde. Die energetische Sanierung sei zur Erleichterung der Wärmewende wichtig. Die Mittel würden in das SIWA verschoben, daher müsse erläutert werden, welche Mittel letztendlich zur Verfügung stünden.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) weist hin, dass eine Antwort dazu erst Ende September möglich sei und daher schriftlich berichtet werde.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 125 b mitsamt dem ersten Unterpunkt schriftlich beantwortet werde.

Kapitel 1350 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Energie, Digitalisierung und Innovation –

Titelübergreifende Fragen

Frage Nr. 134, Fraktion Die Linke

Welche Entwicklung der Personalstellen ist beabsichtigt?

Sebastian Scheel (LINKE) beantragt, dass die Frage schriftlich beantwortet werden solle.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 134 schriftlich beantwortet werde.

Bereich Energie, Digitalisierung und Innovation

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 137 c, Fraktion Die Linke

Zu den TA 3, 4, 5 und 22: Welche Beratungsleistungen wurden jeweils für welche Kosten und mit welchen Ergebnissen 2024 und 2025 erbracht und welche sollen in 2026/2027 zu welchen veranschlagten Kosten beauftragt werden?

Zu TA 3: Warum solch steigende Ansätze? Wofür wurden die Mittel in 2025 verwendet? Was ist in 2026/2027 geplant?

Zu Nr. 15: Warum entfällt die weitere Entwicklung der Energiewendekompetenz für die bezirkliche Wirtschaftsförderung?

Zu Nr. 23: Bitte um eine Begründung der Prioritätensetzung zur Kürzung des Projektes AMBER (Kürzung über 4Mio p.A. bei der Innovationsförderung, Titel 69806)?

Zu TA 26: Warum gestrichen? Ist die Identifikation bereits Abgeschlossen? Mit welchen Ergebnissen?

Zu Nr. 29: Warum wird ProNTI trotz der großen Nachfrage eingestellt?

Zu Nr. 34: Welche Aufgaben wurden im Vergabeverfahren aufgeführt und welche sind nach Ende des Verfahrens ggf. weggefallen? Woraus resultiert sonst der reduzierte Mittelbedarf?

Zu Nr. 37: Inwiefern soll die Geschäftsbesorgung mit den jährlich sinkenden Mitteln konstant weitergeführt werden können?

Zu Nr. 39: Wie hoch waren die von der IBB im Jahr 2025 dafür bereitgestellten Mittel und warum wird der Titel jetzt in den EP 13 überführt?

Zu Nr. 42: Welche Kriterien sollen für die Evaluation zugrunde gelegt werden und wieso wird von der Notwendigkeit einer neu-en Förderstrategie ausgegangen?

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass alle Unterpunkte der Frage lfd. Nr. 137 c schriftlich beantwortet würden.

Titel 54059 – Leistungen zur Errichtung und den Betrieb von Infrastruktur für die Elektromobilität –

Frage Nr. 138 b, Fraktion Die Linke

Welche „Leistungen zur Errichtung und den Betrieb von Infrastruktur für die Elektromobilität“ wurden 2024/2025 umgesetzt? Welche sind in 2026/2027 geplant?

Sebastian Scheel (LINKE) beantragt, dass die Frage schriftlich beantwortet werden solle.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 138 b schriftlich beantwortet werde.

Titel 68307 – Wirtschaftsförderung –

Frage Nr. 140 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu Nr. 1:

Bitte um Begründung für den geringen Mittelabfluss in 2024. Wie ist der IST-Stand 2025?

Welcher Anteil soll zukünftig die Förderung von Ladeinfrastruktur in diesem Teilsatz ausmachen?

Wie rechtfertigt der Senat die effektive Kürzung der Förderprogramme "Wirtschaftsnahe Elektromobilität" und „Ladeinfrastruktur“ um 2 Mio. € ab 2026?

Erwägt der Senat die WELMO Förderung nun auch für E-Lastenräder zu öffnen, nachdem dies nicht über MVKU erfolgte und somit die Begründung für die Nicht-Öffnung bei den letzten Haushaltsverhandlungen entfallen ist?

Wie viele Mittel wurden in 2024 und 2025 für die Förderung für Inklusionstaxis vergeben? Wie viele Taxis wurden mit welcher Summe gefördert und wie viele zukünftig? Inwieweit hält es der Senat vor diesem Hintergrund für verantwortlich, das bisherige Angebot der Muva-Rufbusse durch Inklusionstaxis zu ersetzen?

Zu Nr. 3: Für welche Maßnahmen ist die Gigabitförderung in 2026 und 2027 veranschlagt?

Zu Nr. 4:

Wie viele Anträge wurden seit Beginn des Programms gestellt, wie viele bewilligt, wie hoch waren die durchschnittlichen Förderbeträge, und welche Branchen profitierten besonders?

Welche Evaluationsberichte oder Befragungen liegen zur Wirksamkeit des Programms vor (z. B. Anteil erstmals digitalisierter Betriebe, Anschaffung neuer Systeme, Mitarbeiter:innen-Qualifizierung)?

Aus welchen Gründen wurde die Digitalprämie nicht fortgeführt, obwohl sie stark nachgefragt war?

Welche Alternativen zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen beim Einstieg in digitale Technologien bietet der Senat ab 2026/27 an?

Welche Nachfolgeinstrumente ersetzen die eingestellte Digitalprämie, insbesondere für die Einführung von KI und Automatisierung in kleinen und mittleren Unternehmen, und welche Zielwerte (Anzahl begleiteter KMU, Produktivitätssteigerungen, Umsatzwirkungen) gelten für 2026/27?

Christoph Wapler (GRÜNE) bittet um Klarstellung, dass unter Teilansatz 1 – „Wirtschaftsnahe Elektromobilität“ – WELMO – 2 Mio. Euro für die Ladeinfrastruktur integriert würden. Das bedeute aber, dass angesichts des gleichbleibenden Ansatzes eine Kürzung stattfinde.

Thomas Krause (SenWiEnBe) erläutert, dass das Programm zur Ladeinfrastruktur bei WELMO integriert werde, um Synergien nutzen zu können. Beispielsweise könnten die Geschäftsbesorgungskosten von 400 000 Euro auf 200 000 Euro reduziert werden. Es würden Ladeinfrastrukturen in privaten, öffentlich zugänglichen Räumen wie Wohnquartiere gefördert, da hier der Bedarf am größten und die SenWiEnBe auch zuständig sei. Die 5 Mio. Euro für WELMO reichten aus, um die bisher vorliegenden Antragszahlen zu erfüllen sowie ein zusätzliches Modul zur Ladeinfrastruktur umzusetzen.

Christoph Wapler (GRÜNE) bittet, dass zu der Frage insgesamt ein schriftlicher Bericht übermittelt werden solle.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 140 b schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 140 c, Fraktion Die Linke

Zu 1. (WELMO): Bitte um Bericht zu getätigten Förderungen von WELMO. Welche Anteile des zusammengefassten Ansatzes sind für welche Förderungen vorgesehen (Ladeinfrastruktur, Inklusionstaxis, ...)

Zu Nr. 2 : Warum wird das Förderprogramm „Abbiegeassistent“ beendet, und wieviel wurde 2025 aus diesem Titel zum Stichtag 31. Juli verausgabt?

Zu Nr. 4 : Warum wird die Digitalprämie beendet, und wieviel wurde 2025 aus diesem Titel zum Stichtag 31. Juli verausgabt?

Zu Nr. 5 : Warum läuft das Förderprogramm für smarte und grüne Gewerbegebiete aus, und wieviel wurde 2025 aus diesem Titel zum Stichtag 31. Juli verausgabt?

TA 2: Wie wirkt sich die Absenkung auf Null auf die Internationale Wasserkonferenz Blue Planet - Berlin Water Dialogues aus?

TA 3: Wie wirkt sich die Absenkung auf die Berliner Agentur für Elektromobilität aus? Wie beurteilt die Senatsverwaltung die Auswirkungen der Mittelkürzung auf die Umsetzung von Innovationsprojekten sowie der Skalierung von Projekten im Mobilitäts- und Logistikbereich?

TA 7: Umsetzung einer klimaneutralen Energieversorgung eines Sommerbadbetriebes am Beispiel Prinzenbad in Kooperation mit den Berliner Wasserbetrieben:

Wie kann das dringliche Ziel der Klimaneutralität insbesondere durch Einbeziehung der Expertise der BWB in Bezug auf Energie- und Klimaneutralität für die energieintensive Daseinsvorsorge Sommerbad künftig verfolgt werden? Wie kann ein energiepolitisches Pilotprojekt am Beispiel Sommerbad Kreuzberg realisiert werden? Wie könnte ggf. durch ein anderes Förderprogramm das Ziel der klimaneutralen Energieversorgung eines Pilotprojektes Prinzenbad ermöglicht werden?

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 140 c mitsamt der Unterfrage zum Teilansatz 1 schriftlich beantwortet werde.

Titel 68317 – Zuschüsse an Unternehmen für besondere Aufgaben –

Frage Nr. 141 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu Nr. 1: Werden die Leistungen des CoachingBONUS durch andere Maßnahmen im Haushaltsentwurf für die Jahre 2026 und 2027 abgebildet? Gab es bis dato eine Erfolgsmessung, auf Basis welcher die Entscheidung gründete?

Zu Nr. 3: Bitte um Erläuterung der Prioritätenverschiebung. Weshalb wird so viel gekürzt und welche Auswirkungen haben die Kürzungen auf die Leistungserbringen der eMo?

Zu Nr. 5: Wie gedenkt der Senat in Zukunft nachhaltige Gewerbegebiete zu fördern?

Zu Nr. 6: Bitte um Erläuterung des geringen Mittelabflusses in 2024.

Zu Nr. 7: Wie plant der Senat an anderer Stelle auf die Klimaneutralität in den Berliner Schwimmbädern hinzuwirken?

Tuba Bozkurt (GRÜNE) fragt nach, wo das Ziel, Innovationen zu fördern, im Einzelplan abgebildet sei. Die Hauptausschussvorlage rote Nr. 2375 führe aus, dass das Ziel des Coaching BONUS, Innovationen zu fördern, nicht erreicht worden sei und er daher eingestellt werde.

Thomas Krause (SenWiEnBe) erläutert, dass das Programm auslaufe, weil die Mittel gezielter für Innovationsförderung eingesetzt werden sollten. Dazu sei ein neues Förderprogramm für Reallabore aufgestellt, das Programm ProValid verstetigt und ein Pre-Seed-Fonds mit 10 Mio. Euro geschaffen worden. Damit gebe es nun besser finanzierte Programme, die eine bessere innovationspolitische Wirkung hätten. Der Coaching BONUS sei auch über GRW-Mittel finanziert worden, sodass die Spielräume der GRW-Mittel erhöht werden könnten. – Die Entscheidung basiere auch auf einer strukturierten Evaluation aller Innovationsförderprogramme aus 2023.

Tuba Bozkurt (GRÜNE) zeigt sich nicht überzeugt, dass ProValid und die Reallabore ein Ersatz für den Coaching Bonus seien, da auch in diesen Programmen gekürzt worden sei. Die Frage solle schriftlich ausgeführt werden.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 141 b schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 141 c, Fraktion Die Linke

Zu Nr.3: Welche Konsequenzen hat die Kürzung bei der Berliner Agentur für Elektromobilität?

Zu Nr. 4: Bitte um Bericht zur Interessenvertretung Wasserstoff für Ostdeutschland (IWO). Welche Aktivitäten?

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die Frage lfd. 141 c schriftlich beantwortet werden solle.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Frage Nr. 143 c, Fraktion Die Linke

Zu Nr.2: Bitte um Begründung für die Prioritätensetzung, die zur Verringerung der Förderung von Maßnahmen zur Umsetzung des Masterplans Industriestadt um 400T (2026) und 500T (2027) geführt hat. Welche Auswirkung sind auf die Umsetzung des Masterplans Industriestadt zu erwarten?

Inwiefern sind alle Projekte der Maßnahmenliste umgesetzt, wie soll der Plan und die Maßnahmenliste weiterentwickelt werden und wie wirkt sich die Mittelkürzung auf die Weiterentwicklung aus?

Zu 5. (Kleinwindanlagen): Warum werden die Mittel aufgrund welcher neuen Erkenntnisse nicht mehr benötigt?

Damiano Valgolio (LINKE) teilt mit, dass die Frage schriftlich beantwortet werden solle.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 143 c schriftlich beantwortet werde.

Titel 89330 – Zuschüsse für Investitionen zur Unterstützung des Solarausbaus –

Frage Nr. 147 c, Fraktion Die Linke

Warum erfolgt angesichts des hohen IST keine Aufstockung des Ansatzes?

Sebastian Scheel (LINKE) bittet, bei Möglichkeit die Frage mündlich zu beantworten.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erläutert, dass das hohe Ist in 2024 eine Verzerrung aufgrund der Energiekrise gewesen sei. Die Installationsfirmen für PV seien ausgelastet gewesen, was viele Projekte verzögert habe. Außerdem erfolge eine Auszahlung erst nach Abschluss der Projekte und Prüfung des Verwendungsnachweises durch die IBB Business Team. Daher seien viele Projekte aus 2023 erst 2024 ausgezahlt worden. Es sei davon auszugehen, dass sich die Situation beruhigt habe, sodass 10 Mio. Euro ausreichend seien.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 147 c abgeschlossen sei.

Titel 89430 – Investive Zuschüsse für die Installation von Solarenergieanlagen –

Frage Nr. 148 c, Fraktion Die Linke

Warum so niedriges IST 2024? Wie ist das voraussichtliche IST 2025?

Damiano Valgolio (LINKE) teilt mit, dass die Frage schriftlich beantwortet werden solle.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 148 c schriftlich beantwortet werde.

Kapitel 2713 – Aufwendungen der Bezirke – Wirtschaft, Energie und Betriebe –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass zu den Fragen der Synopse, die nicht mündlich hätten beantwortet werden können, schriftliche Berichte beschlossen worden seien. Die davon betroffenen Titel würden zur zweiten Lesung zurückgestellt. Die Titel, deren Fragen bereits beantwortet seien, seien abgeschlossen. Gemäß der Regularien zu den Haushaltsberatungen werde erwartet, dass die SenWiEnBe die beschlossenen Berichte bis zum 24.09.2025 als Sammelvorlage vorlege. – Die erste Lesung des Einzelplans 13 sei damit abgeschlossen und der Tagesordnungspunkt zur zweiten Lesung am 06.10.2025 vertagt.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.